Volksblatt | MONTAG 26. FEBRUAR 2018

Kinder gestalten Ruggell: «Was würde ich tun, wenn ich in der Gemeinde der König wäre?»

In Gruppen erarbeiteten die Kinder ihre Wünsche und Visionen.

Danach wurden die Vorschläge säuberlich aufgeschrieben ...

... und dem interessierten Publikum präsentiert. (Fotos: ZVG)

Ideen Am Samstagvormittag hat in Ruggell eine Kinderkonferenz stattgefunden - mit interessanten Einblicken.

Nach dem Bevölkerungsworkshop zu VisioRuggell im Sommer 2016 mit den Erwachsenen und Jugendlichen lud die Gemeinde an diesem Vormittag speziell die Kinder ein, ihre Meinungen und Ideen einzubringen. Und diese hatten es in sich: Eine Pracht voller kreativer und wertvoller Vorschläge gilt es nun zu bündeln und auszuarbeiten, wie die Gemeinde Ruggell mitteilte.

Freiwillige Teilnahme

38 Kinder aus den 3. bis 5. Klassen meldeten sich freiwillig für die Ruggeller Kinderkonferenz an. Dies auf Einladung der Gemeinde, welche damit die Partizipation der Kinder verstärken und die Kinder am Gemeindegeschehen mitwirken lassen möchte. Nach einem kurzen Begrüssungsspiel und Besprechung zum Ablauf des Vormittags wurden die Kinder per Zufallslos auf sieben Gruppen verteilt. In der Gruppe erhielten die Kinder von den Leitern die Frage, was sie tun würden, wenn sie Königin oder König von Ruggell wären? Was fehlt? Was möchten sie in der Gemeinde, Schule, in ihrem Quartier verändern?

Vom Einhornladen ...

Von wichtigen Umweltthemen wie der starke Autoverkehr und dass die grosse Wiese neben der Gemeindeschule nicht bebaut werden soll, bis hin zu einem Einhornladen, wo es alles rund um das Einhorn gibt, wurde aufgeschrieben oder aufgemalt. Luftschlösser waren bewusst erlaubt, es wurde dann gemeinsam in der Gruppe erforscht, was der Wunsch hinter dem Wunsch ist. Was wäre das Gute daran, wenn dies oder jenes in Ruggell umgesetzt würde, was würde es anderen nützen?

... bis zur Pumptrackanlage

Lehrerinnen aus der Gemeindeschule sowie Mitglieder und Mitarbeiter der OJA, Gemeindeschulrat und Verwaltung begleiteten die Kinder als Gruppenleiter bei der Konkretisierung der Ideen, sodass jede Gruppe die wichtigsten Ideen dann im Plenum präsentierte. Zur Präsentation am späteren Vormittag besuchten einige Gemeinderäte die Veranstaltung und hörten den Präsentationen der Kinder interessiert zu. Vor allem die Buben wünschen sich eine Pumptrackanlage, während die Mädchen eher zu einem Spielplatz mit Trampolin tendieren. An zweiter Stelle war überraschend der Bau der weiterführenden Schule in Ruggell gegeben. Dies aufgrund, weil sie ihre älteren Geschwister vermissen, welche nicht mehr jeden Mittag nach Hause kommen. Neben Umwelt kam auch der ansteigende Verkehr zur Diskussion, hier wünschen sich die Kinder Quartiere, in denen die Autos nicht mehr so schnell und so zahlreich durchfahren - dies auch aufgrund der schädlichen CO_2-Emissionen. Insgesamt einigte sich die Kinderkonferenz auf acht Themen, welche nun am «KinderMitWirkungstag» am 20. März 2018 ausführlicher besprochen und zu einzelnen Projekten ausgearbeitet werden.

Dank von der Vorsteherin

Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle bedankte sich am Schluss herzlich bei allen Kindern für ihren tollen Einsatz. Ein grosser Dank ging auch an die Organisation der Lehrerinnen, Mitarbeiter der OJA, Mitglieder des Schulrats und Mitarbeiter der Verwaltung, welche in gemeinsamer Arbeit mit Daniela Ramser von der Kinder- und Jugendförderung Schweiz «infoklick.ch» diesen Anlass vorbereitet und durchgeführt haben. Mit einem feinen Pastaplausch klang diese Konferenz am Mittag aus. (red/pd)

www.volksblatt.li

LESERMEINUNGEN

DBA FL-CH

Standardabkommen?

Sehr geehrter Herr Dr. Werle
Gerade Sie beschreiben doch, welches besondere Verhältnis zwischen Liechtenstein und der Schweiz besteht. Das sollte sich dann auch in einer fairen Behandlung der im Nachbarstaat tätigen Arbeitnehmer niederschlagen. Es ist richtig, dass die OECD Standardabkommen definiert hat, aber die sind nicht mehr als eine Vorlage. Besondere Beziehungen bedürfen besonderer Regelungen. Und derer bedarf es im Fall des Kassenstaatsprinzips, welches der Kanton St. Gallen einfordert und damit vornehmlich liechtensteinische Arbeitnehmer an Schweizer öffentlichen medizinischen Institutionen trifft. Mit z. B. Deutschland hat die Schweiz ja auch eine Sondervereinbarung getroffen, in der man die Grenzgängerregelung über dieses Prinzip stellt. Ist es auch Standard, wenn man innert einer Frist von acht Monaten auf zwei Monatslöhne verzichten soll? Wir werden es uns nicht gefallen lassen, zu Sündenböcken einer verfehlten Politik gemacht zu werden.
Gerade im medizinischen Bereich besteht ein sehr enges gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Liechtenstein profitiert von der Spitallandschaft der Schweiz mit ihrem breiten und qualitativ hochwertigen Angebot; umgekehrt sind diese Spitäler von unseren «fürstlichen» Beiträgen aus dem hohen Privatversichertenanteil abhängig.
Und wo bitte schön sind die Hebammen ausgebildet, die Ihre Kinder zur Welt gebracht haben, oder der Chirurg, der Ihre Appendizitis kuriert?
So einfach ist die Welt höchstens aus ökonomisch skotomisierter Sicht. Es geht hier um viel mehr, nämlich schlicht um die Frage: Setzt sich die Regierung für die Interessen ihrer Bürger ein oder nicht? Ich denke nicht, dass das blamabel ist; höchstens, wenn man es unterlässt. Denn dann käme die Regierung ihren in der Verfassung festgelegten Kernaufgaben nicht nach und gäbe ein erbärmliches Armutszeugnis ab.

Dr. Johannes Weber im Namen der Betroffenen

Informationsrecht

Nehmen die Landtagsabgeordneten ihr Mandat als Volksvertreter ernst?

In der Landtagssitzung vom 28. Februar 2018 geht es um die Gesetzesinitiative zur Stärkung des Informationsrechts für den Landtag, eingebracht von den vier Parlamentariern Erich Hasler, Johannes Kaiser, Thomas Rehak und Günter Vogt.
Die Regierung hat den Inhalt der Initiative als nicht verfassungskonform erklärt, dies anscheinend auf der Basis eines Schweizer Gutachters, bei dem sie schon des Öfteren Gutachter-Dienstleistungen erworben hatte.
Ich hoffe nicht, dass die Landtagsabgeordneten gegenüber der Regierung so unterwürfig sein werden und diesem nicht nachvollziehbaren Antrag des Regierungschefs «auf Nicht-Eintreten» für verstärkte Informationsrechte des Landtages Folge leisten werden. Bereits vorliegende Gutachten von angesehenen inländischen Verfassungsrechtlern vertreten betreffend die Verfassungsmässigkeit in verschiedenen Punkten der Gesetzesinitiative eine andere Auffassung als die Regierung. In Tat und Wahrheit geht es bei dieser Initiative darum, dem Landtag jene Informationsrechte zu gewährleisten, die ihm auch zustehen, um seine parlamentarischen Aufgaben im Dienste des Volkes erfüllen zu können.
Normalerweise müssten alle Abgeordneten für die Initiative einstehen, denn damit stehen sie mit dieser «Gesetzesinitiative zur Stärkung der Informationsrechte des Landtags» für ureigene Grundrechte des Parlaments ein.
Wenn der Landtag zu allem, was ihm die Regierung «befielt», immer Ja und Amen sagt, wird er immer mehr zum «zahnlosen Löwen». Einige «Zähne» sind ihm ja bereits abhanden gekommen.

Anton Marxer,
Im Oberfeld, Triesen

Doppelstaatsbürgerschaft

Leserbrief von T. List vom 24. Februar

S.g.H. Th. List
Ihren Leserbrief in Bezug der «doppelten Staatsbürgerschaft und Integration» kann und will ich nicht unkommentiert lassen. Sie sollten doch als mittlerweile «Liechtensteiner» wissen, das eine Integration bei «doppelter Staatsbürgerschaft» nie stattfinden kann und wird. Ich denke, dass Herr Bloch, wie auch ich, weder in Euphorie noch aus Enthusiasmus uns oder etwas zur Schau stellen möchten. Zumindest ich kann von mir behaupten, das ich in Liechtenstein als «Nichtliechtensteiner» in diesem Lande mich bereits integriert habe. Das Schreddern meines Passes sollte eigentlich dieses nur noch unterstreichen. Gerade Sie sollten doch als mittlerweile eingebürgerter Österreicher wissen, wie es tatsächlich ist, wenn man sich für eine andere Staatsbürgerschaft entschieden hat. Eigentlich hätte ich genau von Ihnen Unterstützung, statt dieser Kommentarleistung in Bezug auf «Integration durch doppelte Staatsbürgerschaft», erwartet. Oder blenden Sie die Misserfolge der Integration in Österreich und Deutschland einfach aus? Ausserdem behandle ich solche Themen nicht am Stammtisch, denn dort bringt eine freie Meinungsäusserung nicht einmal bis zur nächsten bestellten Bierrunde etwas. Denn dann hätte ich bereits über 15 Jahre Diskussionen ins Blaue geführt und führen können. Man sollte also beim Thema bleiben und nicht clever umschreiben, wenn man nicht verstanden hat, was ich und Herr Bloch mit unseren Leserbriefen mehr oder weniger kritisiert haben. Darum bleibe ich als noch «Nichtliechtensteiner» bei einem klaren Nein, dass Integration durch «Doppelte-Staatsbürgerschaft» nie erreicht wird. Und ja, ich werde sinnbildlich an dem Tag meinen BRD-Pass schreddern lassen und mit Freude die bewilligte Einbürgerung entgegennehmen.

Udo Meesters
Hofistrasse 42, Triesenberg

Leserbrief von T. List vom 24. Februar

Werter Herr List
Als Ausländer vertrete ich (genau wie Herr Meesters) mit der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft für Neubürger im FL keine extreme, sondern eine legitime Position, und nehme noch dazu, wie von Ihnen gefordert, durch meine Meinungsäusserung politisch teil. Oder ist die Teilhabe denen vorbehalten, die Ihrer Meinung sind?
Ob meine Position so abwegig und weltfremd ist, dass sie nicht einmal am Stammtisch gefragt ist, soll jeder beurteilen, den sie interessiert (ich finde den Stammtisch übrigens eine gemütliche Sache). Dass Sie als Lehrer mich ausserhalb des Kontexts verkürzt zitieren und sich herablassend ausdrücken, verdient indes in meinen Augen keine Bestnote, und als Strafarbeit soll ich auch noch zurück an den Start, auf dass ich diesmal den rechten (linken) Weg finde. Gleichwohl versichere ich Ihnen, dass die in Aussicht gestellte Flammenübergabe meines deutschen Passes reine rhetorische Zuspitzung war und dieser in Wirklichkeit natürlich fachgerecht und unspektakulär dem zuständigen Amt übergeben würde. Im Übrigen bleibe ich bei meiner Überzeugung, wenn Sie erlauben.

Andre Bloch
Bildgass 38, Schaan

Doppelte Staatsbürgerschaft

Ich lebe seit 21 Jahren in Liechtenstein und fühle mich hier rundum wohl! Ich bin bestens integriert, arbeite und zahle Steuern, engagiere mich ehrenamtlich, ich backe Kuchen für Schule, Musikverein und Fussballclub und nehme an (Vereins-)Festen jeglicher Art teil. Meine drei Kinder sind in Vaduz geboren, besuchen liechtensteinische Schulen und Vereine und sprechen Liechtensteiner Dialekt. Mich betreffen somit alle Themen rund um Politik, Wirtschaft und Soziales - egal ob Schulreform, Krankenkassenprämien oder Altersvorsorge. Deshalb würde ich gerne auf Gemeinde- und Landesebene mitreden, mitplanen, mitbestimmen. Aber ich bin Ausländerin. In Deutschland geboren und aufgewachsen spreche ich nicht Liechtensteiner sondern «Augschburger» Dialekt. Ich habe dort Familie und viele Verwandte und Freunde, pflege das Grab meiner Eltern und bin nach wie vor an meinem Geburtsland interessiert. Das ist kein «Gefühlsdusel», wie es Andre Bloch in seinem Leserbrief vom 21. Februar nennt, sondern ein Stück Heimat, das ich nicht «völlig emotionslos den Flammen eines zünftigen Funkens übergebe». Nicht übergeben kann, denn das bin ich: in Deutschland verwurzelt und auch in Liechtenstein beheimatet - Bürgerin zweier Staaten.
Ich würde mich sehr über die doppelte Staatsbürgerschaft freuen!

Agnes Listemann
Runkelstrasse 30, Triesen